

## Inhalt

■ Ausschreibungen.....	4
Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2019.....	4
REC-Programm: Schließung geschlechtsspezifischer Kluften im Verlauf des Lebens.....	5
Justiz-Programm: Ausbildung von Justizfachleuten im Bereich Zivilrecht, Strafrecht oder Grundrechte ...	7
Justiz-Programm: Stärkung der Rechte von Personen, die der Straftat verdächtigt werden/Opferrechte .....	8
EIBI-Wettbewerb 2020 für soziale Innovation .....	9
■ Öffentliche Konsultationen .....	11
Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung .....	11
■ EU-Politik.....	12
Neue Partnerschaft Afrika-Karibik-Pazifik/EU.....	12
Eindämmung des Coronavirus in Europa .....	12
Präsidentin von der Leyen vor Sondergipfel zum EU-Haushalt .....	13
Einheitliche EU-Notrufnummer 112 immer bekannter .....	14
Europäische Investitionsbank vergibt 40 Mio. Euro für innovative Krebstherapien .....	14
Lorenzo-Natali-Medienpreis 2020 .....	15
Kohäsionspolitik: bessere Ergebnisse durch Einbeziehung der Bürger*innen.....	15

Bericht: Impulse für Ausfuhren von Entwicklungsländern in die Europäische Union.....	16
Gefechte in Idlib/Syrien .....	17
Gemeinsame Erklärung zum Internationalen Tag „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“ .....	17
EU-Bürgerinitiative „Minority SafePack - eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“ .....	18
EU-Preis „Jvenes Translatores“ .....	19
17,6 Mio. EU-Bürger*innen lebten und arbeiteten 2018 im EU-Ausland .....	19
Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2020.....	20
Erasmus+ und seine Vorläuferprogramme: eine prägende Lebenserfahrung.....	21
Präsidentin von der Leyen, Präsident Sassoli und Präsident Michel beim „World Holocaust Forum 2020“ .....	21
Konferenz zur Zukunft Europas.....	22
Konvention gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt .....	23
EU-Budget für humanitäre Hilfe 2020 unterstützt Menschen in mehr als 80 Ländern.....	23
DiscoverEU: Auch 2020 wieder 20 000 junge Menschen auf Entdeckungstour durch Europa.....	24
■ Veranstaltungen.....	25
Europa für Bürger*innen - Einstieg ins Projektmanagement für europäische Projekte .....	25

## Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

### Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,  
Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail [h.braem@sozialbank.de](mailto:h.braem@sozialbank.de), Internet [www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de)

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband –  
Gesamtverband e. V.:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,  
E-Mail: [europa@paritaet.org](mailto:europa@paritaet.org).

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Februar 2020 ist der 15.02.2020.

## ■ Ausschreibungen

### Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) 2019

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat die Aufforderung zur Einreichung von Anträgen auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) (2019) veröffentlicht. Die Frist zur Einreichung von Projektanträgen endet am **20.03.2020**.

Die Aufforderung zur Einreichung von Projektanträgen gilt für drei spezifische Ziele:

#### *1. Stärkung und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, einschl. seiner externen Dimension:*

Mit der Förderung durch den AMIF wird das Ziel verfolgt, in Ergänzung zu bestehenden staatlichen Leistungen und Maßnahmen die nationalen Standards hinsichtlich der Aufnahmebedingungen weiter zu erhöhen und die Wirksamkeit des Asylverfahrens zu steigern.

#### *2. Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration:*

Ziel der ausgeschriebenen Maßnahmen im Bereich „Integration von Drittstaatsangehörigen und legale Migration“ ist die Förderung der Integration von Drittstaatsangehörigen einschließlich der Personen mit anerkanntem Flüchtlings- oder subsidiärem Schutzstatus. Mit dem AMIF sollen die bereits bestehenden strukturellen Handlungsinstrumente der systematischen Integrationspolitik auf Grundlage des deutschen Aufenthaltsgesetzes ergänzt werden. Aufgrund des demographischen Wandels in Deutschland ist dabei die bessere gesellschaftliche und berufliche Integration bereits in Deutschland lebender Zuwanderer\*innen ein Schwerpunkt.

#### *3. Rückkehr:*

Im Bereich „Rückkehr“ liegen die Förderschwerpunkte bei der Weiterentwicklung der freiwilligen Rückkehr und Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Reintegration im Herkunftsland durch Zahlungen von Reintegrationshilfen, die der Überbrückung während der Startphase dienen sollen.

Maßnahmen, die dem *konkreten Einstieg in das Arbeits- und Erwerbsleben* (z. B. Vermittlung von Ausbildungsplätzen, Arbeits- oder Praktikumsstellen, berufsbezogene Sprachkurse) dienen, können *nicht aus Mitteln des AMIF gefördert werden*.

Zuwendungsempfänger können nur eingetragene juristische Personen des privaten oder des öffentlichen Rechts (z. B. Träger der freien Wohlfahrtspflege, kirchliche und karitative Einrichtungen, eingetragene Vereine, nationale und internationale Nichtregierungsorganisationen, Gebietskörperschaften) sowie internationale Organisationen jeweils alleine oder in Kooperationspartnerschaft mit anderen Organisationen sein.

Für die Aufforderung des Jahres 2019 stehen für die Projektförderung insgesamt ca. 97,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen:

<https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Foerderangebote/AMIF/Aufforderungen/2019/01-aufforderung.html?nn=282114>,

[https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Foerderangebote/AMIF/Aufforderungen/2019/01-aufforderung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Foerderangebote/AMIF/Aufforderungen/2019/01-aufforderung.pdf?__blob=publicationFile&v=3)

## **REC-Programm: Schließung geschlechtsspezifischer Kluften im Verlauf des Lebens**

Im Rahmen des Rechte, Gleichstellungs- und Unionsbürgerschaftsprogramms (REC) hat die Europäische Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zum Thema „Schließung geschlechtsspezifischer Kluften im Verlauf des Lebens“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **01.04.2020**.

Eines der grundlegenden Probleme, die angegangen werden müssen, um die Gleichstellung der Geschlechter zu erreichen, ist das Fortbestehen von Geschlechterstereotypen. Kinder sind bereits in jungen Jahren Geschlechterrollen ausgesetzt, die ihre Selbstwahrnehmung prägen und ihre akademischen und beruflichen Entscheidungen sowie die Erwartungen an ihre Rolle als Frauen und Männer während ihres gesamten Lebens beeinflussen.

Darüber hinaus beeinflussen Geschlechterstereotype weiterhin die Entscheidungen in Bezug auf Beschäftigung und die Kombination von Beruf und Privatleben.

Die Digitalisierung kann in dieser Hinsicht sowohl Chancen als auch Herausforderungen bieten, um Geschlechterstereotype anzugehen.

Die Aufforderung konzentriert sich auf Maßnahmen zur Sensibilisierung und Bekämpfung von Geschlechterstereotypen in der Bildung, insbesondere in der frühkindlichen Bildung und Betreuung sowie in Schulen sowie bei Bildungs- und Berufswahlen in einer digitalisierten Welt.

Die Aktivitäten umfassen:

1. *Bekämpfung von Geschlechterstereotypen in der Bildung und in der frühkindlichen Betreuung*
  - Aktivitäten zur Bekämpfung negativer Einstellungen und Stereotypen in Bezug auf Geschlechterrollen in frühkindlichen Bildungs- und Betreuungssystemen sowie Bildungs- und Berufswahlen;
  - Sensibilisierungs-, Bildungs- und Empowerment-Aktivitäten; insbesondere Sensibilisierungsmaßnahmen für Fachkräfte des Vorschul- und Schulsystems in Bezug auf Bildung, Arbeit und Leben ohne Stereotype, einschl. Geschlechterrollen und Einstellungen zu Hausarbeit, Pflege, Arbeit und öffentlichem Leben.
2. *Bekämpfung von Geschlechterstereotypen bei Bildungs- und Berufswahlen in einer digitalisierten Welt*
  - Aktivitäten, die sich auf die Auswirkungen der Digitalisierung auf Berufs- und Berufswahlen konzentrieren, ihre Chancen aufzeigen und potenzielle Hindernisse beseitigen sowie die Risiken mindern, die bestimmte digitalisierte Instrumente bei der Verschärfung von Geschlechterstereotypen mit sich bringen;
  - Austausch bewährter Verfahren, gegenseitiges Lernen, Seminare, insbesondere Aktivitäten zur Förderung bewährter Verfahren;
  - Ausbildungsmaßnahmen für Fachkräfte der Kinderbetreuung im Bildungssektor und in der Arbeitswelt; oder im Hinblick auf die Überwindung von Geschlechterstereotypen und -rollen in frühkindlichen Umgebungen und in einer digitalisierten Welt.

Der Antragsteller und die Partner müssen öffentliche Einrichtungen oder private Organisationen sein. Gewinnorientierte Organisationen, dürfen Anträge nur in Partnerschaft mit öffentlichen Einrichtungen oder privaten gemeinnützigen Organisationen einreichen.

Das Projekt kann entweder national oder transnational sein. Der Antrag muss von einer Partnerschaft eingereicht werden, der mindestens zwei Organisationen (Antragsteller und Partner) angehören, die aktiv an der Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahme beteiligt sind.

Der beantragte EU-Zuschuss darf 75 000 Euro nicht unterschreiten. Für diesen Aufruf stehen insgesamt ca. 3,9 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/rec-rgen-wwlb-ag-2020:freeTextSearchKeyword=:typeCodes=1;statusCodes=31094502;programCode=REC;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=openingDate;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState>

## **Justiz-Programm: Ausbildung von Justizfachleuten im Bereich Zivilrecht, Strafrecht oder Grundrechte**

Im Rahmen des Justiz-Programms hat die Europäische Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung transnationaler Projekte zur Ausbildung von Justizfachleuten im Bereich Zivilrecht, Strafrecht oder Grundrechte veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **01.04.2020**.

Ziel ist es, zur wirksamen und kohärenten Anwendung des EU-Rechts in den Bereichen Zivilrecht, Strafrecht und Grundrechte, wie sie in der EU-Grundrechtecharta, der Rechtsethik und rechtsstaatlichen Fragen verankert sind, beizutragen, indem auf den Schulungsbedarf von Justizfachleuten in diesen Bereichen eingegangen wird.

Die Prioritäten für 2020 konzentrieren sich auf Schulungsaktivitäten und -instrumente für Schulungsanbieter\*innen:

1. Bewältigung des Schulungsbedarfs und Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von Schulungsanbieter\*innen für Gefängnis- und Bewährungshelfer\*innen, z. B. durch grenzüberschreitende Schulungsmaßnahmen oder den Austausch bewährter Schulungspraktiken zum EU-Recht und zu den für ihre Arbeit relevanten Grundrechten, inkl. der Bekämpfung der Radikalisierung zu gewalttätigem Extremismus im Gefängnis etc.;
2. Unterstützung grenzüberschreitender Schulungsaktivitäten:
  - a. für Justizfachleute und/oder
  - b. für Multiplikator\*innen wie Justiztrainer\*innen oder Koordinator\*innen von EU-Gerichten, und/oder

- c. für eine berufsübergreifende Ausbildung, um Diskussionen über die Anwendung des EU-Rechts in verschiedenen Rechtsberufen anzuregen und zu einer europäischen Rechtskultur über Berufsgrenzen hinweg beizutragen.

Antragsteller und Partner müssen öffentliche Einrichtungen oder private Organisationen sein. Organisationen, die gewinnorientiert sind, müssen Anträge in Partnerschaft mit öffentlichen Einrichtungen oder privaten gemeinnützigen Organisationen stellen. Der Antrag muss transnational sein und Organisationen aus mindestens zwei teilnehmenden Ländern einbeziehen.

Insgesamt stehen für diesen Aufruf 5,35 Mio. Euro zur Verfügung. Die beantragte EU-Finanzhilfe darf nicht weniger als 75°000 Euro betragen.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/just-jtra-ejtr-ag-2020;freeTextSearchKeyword=;typeCodes=1;statusCodes=31094502;programCode=JUST;programDivisionCode=null;focusArea-Code=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=openingDate;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState>

## **Justiz-Programm: Stärkung der Rechte von Personen, die der Straftat verdächtigt werden/Opferrechte**

Im Rahmen des Justiz-Programms ruft die Europäische Kommission zur Einreichung von Vorschlägen zur Unterstützung transnationaler Projekte auf. Dies soll der Stärkung der Rechte von Personen, die einer Straftat verdächtigt oder beschuldigt werden und der Rechte von Opfern von Straftaten dienen. Die Einreichfrist endet am **01.04.2020**.

Die Ziele dieser Aufforderung sind:

1. Beitrag zur wirksamen und kohärenten Anwendung des EU-Strafrechts im Bereich der Rechte von Personen, die einer Straftat verdächtigt oder beschuldigt werden (Priorität der Verfahrensrechte);
2. Beitrag zur wirksamen und kohärenten Anwendung des EU-Strafrechts im Bereich der Rechte von Opfern von Straftaten (Priorität der Opferrechte).



Die folgenden Aktivitäten sind für beide Prioritäten geeignet:

- analytische Aktivitäten wie Datenerhebung, Umfragen, Forschungsaktivitäten usw.;
- wechselseitiges Lernen, Ermittlung und Austausch bewährter Verfahren, Entwicklung von Arbeitsmethoden, die auf andere Teilnehmerländer übertragbar sein können;
- Austausch und Bereitstellung von Informationen und Entwicklung von Informationsinstrumenten;
- Kapazitätsaufbau für Fachleute;
- Erleichterung der Zusammenarbeit zwischen zuständigen Behörden und Behörden, Rechtspraktikern und/oder Dienstleistern (einschließlich multidisziplinärer Netzwerke auf internationaler, nationaler, regionaler oder lokaler Ebene);
- Kommunikationsmaßnahmen, inkl. der Verbreitung von Informationen über die Rechte der Opfer oder Verfahrensrechte und Aktivitäten zur Sensibilisierung für die bestehenden Vorschriften auf EU- und nationaler Ebene.

Antragsteller und Partner müssen öffentliche Einrichtungen oder private Organisationen sein. Organisationen, die gewinnorientiert sind, müssen Anträge in Partnerschaft mit öffentlichen Einrichtungen oder privaten gemeinnützigen Organisationen stellen. Der Antrag muss transnational sein und Organisationen aus mindestens zwei teilnehmenden Ländern einbeziehen.

Insgesamt stehen für diesen Aufruf 3 Mio. Euro zur Verfügung. Die beantragte EU-Finanzhilfe darf nicht weniger als 75°000 Euro betragen.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/just-jacc-ag-2020;freeTextSearchKeyword=;typeCodes=1;statusCodes=31094502;programCode=JUST;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=Default;sortQuery=openingDate;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=topicSearchTablePageState>

## **Ideen, die die Welt verändern: EIBI-Wettbewerb 2020 für soziale Innovation**

Das EIB-Institut (Institut der Europäischen Investmentbank) organisiert den neunten Wettbewerb für soziale Innovation. Diesbezügliche Vorschläge können bis zum **04.03.2020** eingereicht werden.

Der Wettbewerb soll innovative Ideen fördern und Initiativen auszeichnen, die einen Nutzen für Gesellschaft und Umwelt bewirken. Das Spektrum reicht von Bildung, Gesundheit und Beschäftigung bis hin zu neuen Technologien, Systemen und Prozessen.

Aus allen Projekten werden in einer allgemeinen Kategorie die beiden besten ausgewählt. Die zwei Preise der Sonderkategorie gehen dieses Jahr an Projekte, die sich mit Umweltthemen - vor allem Biodiversität und Erhalt von Ökosystemen - befassen. Die Auszeichnungen sind jeweils mit 50 000 Euro für den ersten und mit 20 000 Euro für den zweiten Platz dotiert.

Mehr zum Wettbewerb und Informationen, wie Sie innovative Projekte einreichen können, unter: <http://institute.eib.org/programmes/social/social-innovation-tournament/>.

Weitere Informationen: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.C\\_.2020.032.01.0018.01.DEU&toc=OJ:C:2020:032:TOC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.C_.2020.032.01.0018.01.DEU&toc=OJ:C:2020:032:TOC)

## ■ Öffentliche Konsultationen

### Europäischer Plan zur Krebsbekämpfung

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Konsultation zum „Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung“ eingeleitet. Interessierte Parteien können bis zum **07.05.2020** ihre diesbezüglichen Beiträge einreichen.

Diese Konsultation richtet sich an alle Bürger\*innen, Patient\*innen sowie Pflegekräfte, die sich als Privatpersonen äußern, und an Gesundheitspersonal und Organisationen, das/die in den Bereichen Krebsprävention, -diagnostik, -behandlung, -nachsorge und -forschung tätig ist/sind.

Jedes Jahr erhalten 3,5 Mio. Menschen in der EU die Diagnose „Krebs“ und 1,3 Mio. Menschen sterben jährlich an Krebs. Es ist tatsächlich so, dass 40 % von uns zu irgendeinem Zeitpunkt in unserem Leben mit dieser Krankheit konfrontiert sind. Seit Jahrzehnten leistet die EU einen aktiven Beitrag zur Reduzierung der Krebsinzidenz. Der erste Plan „Europa gegen den Krebs“ in den späten 1980er Jahren führte zu wichtigen europäischen Rechtsvorschriften in den Bereichen Tabak und Gesundheit am Arbeitsplatz. Seitdem arbeiten die Mitgliedstaaten der Europäischen Union engagiert daran, die Mortalität chronischer Erkrankungen, darunter auch Krebs, zu senken.

Vor diesem Hintergrund hat Kommissionspräsidentin von der Leyen die Ausführung eines europäischen Plans zur Krebsbekämpfung zugesagt, mit dem die Mitgliedstaaten und Beteiligten bei der Krebsbekämpfung und -behandlung unterstützt werden sollen, damit das Leid, das diese Krankheit verursacht, gemindert wird. Die Kommission beabsichtigt, den Plan so zu gestalten, dass er den gesamten Krankheitszyklus abdeckt, angefangen bei der Prävention und Früherkennung über die Behandlung bis zur Förderung der Lebensqualität der Patient\*innen und der Krebsüberlebenden.

Weitere Informationen: [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2020-693786/public-consultation\\_de](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/initiatives/ares-2020-693786/public-consultation_de)

## ■ EU-Politik

### Neue Partnerschaft Afrika-Karibik-Pazifik/EU

Am 14.02.2020 haben sich die Chefunterhändler\*innen für die Verhandlungen über das Folgeabkommen zum Cotonou-Abkommen zwischen der EU und 79 Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) auf das weitere Vorgehen geeinigt und damit neue Impulse für die künftige Partnerschaft gesetzt. Dabei bilden Regionalprotokolle, die auf die jeweiligen Bedürfnisse der Staaten ausgerichtet sind, die Vielfalt der AKP-Gruppe ab.

Das Folgeabkommen soll bis Ende 2020 abgeschlossen werden und die Entwicklungszusammenarbeit, den politischen Dialog und den Handel neu regeln. Das im Jahr 2000 für einen Zeitraum von 20 Jahren unterzeichnete Abkommen vereint mehr als hundert Länder (EU-Mitgliedstaaten + 79 AKP-Staaten) mit über 1,5 Mrd. Einwohner\*innen.

Beim Cotonou-Abkommen handelt es sich um ein umfassendes Assoziierungsabkommen, das die Beziehungen zwischen der EU und den AKP-Staaten regelt. Das Abkommen läuft am 29.02.2020 aus. Da die Verhandlungen über das künftige Abkommen noch im Gange sind, haben die Vertragsparteien Übergangsmaßnahmen vereinbart, um die Anwendung des derzeitigen Cotonou-Abkommens ohne Änderungen bis Dezember 2020 zu verlängern. Auf diese Weise wird die rechtliche und politische Kontinuität der AKP-EU-Partnerschaft gewährleistet.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_248](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_248)

### Eindämmung des Coronavirus in Europa

Die EU-Gesundheitsminister\*innen sowie die EU-Kommissar\*innen Lenarčič und Kyriakides haben sich am 13.02.2020 bei einem Sondertreffen des Rates zu einer verstärkten Koordination bekannt, um die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus COVID-19 in Europa einzudämmen. Die EU-Mitgliedstaaten werden sich eng an den Empfehlungen der WHO halten und China bei der Bekämpfung des Virus weiter unterstützen.

„Die EU-Mitgliedstaaten haben im Wesentlichen gut aufgestellte Gesundheitssysteme und sind in der Lage auf Fälle von COVID-19 zu reagieren. Nichtsdestotrotz ist Wachsamkeit geboten, falls sich die Lage verschlechtert“, sagte Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides im Anschluss an die Ratsitzung.

„Da Viren keine Grenzen kennen, war die heutige Sitzung besonders wichtig, um eine enge Koordinierung in der EU zu gewährleisten“, so Kyriakides weiter.

In den Schlussfolgerungen des Rates heißt es, dass die EU-Mitgliedstaaten weiterhin entschlossen handeln werden, um den Ausbruch des Virus in Europa zu verhindern.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200213-coronavirus\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200213-coronavirus_de)

## **Präsidentin von der Leyen vor Sondergipfel zum EU-Haushalt**

Vor dem Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 20.02.2020 hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine rasche Einigung auf den langfristigen EU-Haushalt angemahnt. „Uns läuft die Zeit davon“, sagte von der Leyen im Europäischen Parlament in Straßburg. „Wenn der Haushalt nicht bald beschlossen wird, dann werden wir im nächsten Jahr nicht in der Lage sein, mit dem neuen Haushalt die neuen Prioritäten tatsächlich auch so zu finanzieren, wie wir uns das alle vorstellen.“ Dazu zählte Präsidentin von der Leyen besonders den europäischen Grünen Deal, den digitalen Wandel und den Mechanismus für einen sozial gerechten Übergang zu einem klimaneutralen Europa.

„Der Erfolg dieser Haushaltsverhandlungen wird von den Mitteln abhängen, die wir uns zur Finanzierung unseres Grünen Deals für Europa geben. Ich werde kein Ergebnis akzeptieren, das nicht garantiert, dass mindestens 25 % des Haushalts für die Bekämpfung des Klimawandels ausgegeben werden“, sagte die Kommissionspräsidentin weiter. „Und ich erwarte einen Haushalt, der die notwendigen neuen Mittel für den gerechten Übergangsmechanismus bereitstellt.“

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200212-vor-sondergipfel-zum-eu-haushalt\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200212-vor-sondergipfel-zum-eu-haushalt_de)

## Einheitliche EU-Notrufnummer 112 immer bekannter

158 Mio. Mal haben Bürger\*innen im vergangenen Jahr die einheitliche europäische Notrufnummer 112 gewählt. Das entspricht mehr als der Hälfte aller gewählten Notrufe. Mehr als zwei Mio. Anrufe wurden von Europäer\*innen auf Reisen in anderen EU-Ländern getätigt. Die Nutzung der einheitlichen europäischen Notrufnummer 112 nimmt jedes Jahr zu.

Mehrere Mitgliedstaaten haben außerdem ihre Systeme zur Anruferlokalisierung verbessert. Zu diesen Ergebnissen kommt ein Bericht, den die EU-Kommission am 11.02.2020 veröffentlicht hat. Besondere Verdienste um die Bewerbung des Euronotruffages haben sich die deutschen Berufsfeuerwehren erworben.

Der Bericht zeigt auch, wie die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen, wie z. B. Sprach- oder Hörbehinderungen, dank des Europäischen Zugänglichkeitsgesetzes problemlos mit Notfalldiensten, z. B. per SMS oder Apps, in Kontakt treten können.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200211-einheitliche-eu-notrufnummer\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200211-einheitliche-eu-notrufnummer_de)

## Europäische Investitionsbank vergibt 40 Mio. Euro für innovative Krebstherapien

Die Europäische Investitionsbank (EIB) unterstützt die ITM Isotopen Technologien München AG (ITM) mit 40 Mio. Euro. Das Unternehmen befasst sich mit der Entwicklung, Produktion und dem weltweiten Vertrieb von innovativen diagnostischen und therapeutischen Radiopharmazeutika für die Präzisionsonkologie.

ITM wird die neuen Mittel in die Erforschung und Entwicklung ihres firmeneigenen Portfolios von Radionukliden zur zielgerichteten Diagnostik und Therapie für Krebserkrankungen wie neuroendokrine Tumoren oder Knochenmetastasen investieren.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_231](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_231)

## Lorenzo-Natali-Medienpreis 2020

Journalist\*innen, die über das Thema Entwicklung berichten, können sich ab heute bis zum **15.03.2020** für den Lorenzo-Natali-Medienpreis der Europäischen Kommission bewerben.

Das Leitmotiv des Lorenzo-Natali-Medienpreises ist Journalismus für nachhaltige Entwicklung. Im diesjährigen Wettbewerb sollte es in den Beiträgen um Themen mit Bezug zu internationalen Partnerschaften gehen wie z. B. Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten, Menschenrechte, Demokratie, Jugend, Gleichstellung der Geschlechter, Umwelt und Klimawandel, Gesundheit, Technologie und Digitalisierung.

Beiträge können für drei Kategorien eingereicht werden.

- Großer Preis: Berichte, die von einer Medienstelle mit Sitz in einem der Partnerländer der Europäischen Union veröffentlicht wurden.
- Europa-Preis: Berichte, die von einer Medienstelle mit Sitz in der Europäischen Union veröffentlicht wurden.
- Preis „Bester Jungjournalist“: Berichte von Journalist\*innen unter 30 Jahren, die von einer Medienstelle mit Sitz in der Europäischen Union oder einem ihrer Partnerländer veröffentlicht wurden.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_225](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_225)

## **Kohäsionspolitik: bessere Ergebnisse durch Einbeziehung der Bürger\*innen**

Die Kommission hat beschlossen, zwei neue Pilotaktionen auf den Weg zu bringen, um die Bürger\*innen stärker in die praktische Durchführung von Kohäsionsprojekten einzubeziehen.

Ziel ist es, Bürger\*innen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen aktiv in die Planung, Verwendung und Überwachung der EU-Mittel einzubinden und mithin bessere Ergebnisse zu erzielen. Im Rahmen dieser Pilotaktionen erhalten die Verwaltungsbehörden der Kohäsionsfonds und zivilgesellschaftliche Organisationen fachliche Beratung und Unterstützung beim Aufbau der Kenntnisse und Fähigkeiten, die für die Durchführung der Kohäsionsprojekte erforderlich sind.

Im Rahmen der *ersten Pilotaktion* stellt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Behörden, die EU-Mittel verwalten, erstklassiges Fachwissen zur Verfügung und leistet maßgeschneiderte Unterstützung bei der Einführung neuer Initiativen, die auf Bürgerbeteiligung und Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht abzielen. Link zur aktuellen Aufforderung: [https://ec.europa.eu/regional\\_policy/de/newsroom/funding-opportunities/calls-for-expressions-of-interest/](https://ec.europa.eu/regional_policy/de/newsroom/funding-opportunities/calls-for-expressions-of-interest/).

Im Rahmen der *zweiten Pilotaktion* wird die Kommission 250 000 Euro als Basisfinanzierung bereitstellen, um innovative Ideen und Initiativen zur Förderung der Bürgerbeteiligung zu unterstützen, die insbesondere von kleineren und lokalen Organisationen der Zivilgesellschaft ausgehen. Ziel ist es, neue Konzepte der Bürgerbeteiligung zu testen und die Einbeziehung der Bürger\*innen in die Kohäsionspolitik anzuregen, zu fördern und zu unterstützen, um eine bessere Umsetzung der Projekte und ein stärkeres Verantwortungsbewusstsein für ihre Ergebnisse bei den Menschen zu erreichen.

Die an Organisationen gerichtete Aufforderung zur Einreichung von Ideen wird in den nächsten Wochen veröffentlicht. Einfließen werden dabei die Rückmeldungen der Organisationen im Rahmen der Konferenz, insbesondere zu ihrem Bedarf, eine aktive Rolle bei der gemeinsamen Gestaltung von Strategien zu spielen, sowie zu den Themen Beteiligung und Überwachung.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_197](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_197)

## **Bericht: Impulse für Ausfuhren von Entwicklungsländern in die Europäische Union**

Die Ausfuhren aus Entwicklungsländern in die Europäische Union, bei denen besondere Zollpräferenzen im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU in Anspruch genommen werden, erreichten 2018 einen neuen Höchstwert von 69 Mrd. Euro. Dem heute veröffentlichten zweijährlichen Bericht der Europäischen Kommission über das APS zufolge stiegen die Ausfuhren der 71 APS-begünstigten Länder in die EU auf fast 184 Mrd. Euro. Davon entfielen beinahe 69 Mrd. EUR auf Sonderpräferenzen.



Im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems fallen für Ausfuhren von Entwicklungsländern in die EU keine Einfuhrzölle an. Durch zusätzliche Exportmöglichkeiten werden diese Länder bei der Bekämpfung der Armut und der Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützt, wobei gleichzeitig auch die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung gewahrt werden. So zeigt der veröffentlichte Bericht, dass z. B. Sri Lanka, die Mongolei und Bolivien dank des APS wirksamer gegen Kinderarbeit vorgehen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_136](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_136)

## **Gefechte in Idlib/Syrien**

Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, und der Kommissar für Krisenmanagement, Janez Lenarčič, sagten zu den verheerenden Gefechten in Idlib: „Die Bombardierung von Zivilisten und andere Angriffe auf die Zivilbevölkerung im Nordwesten Syriens müssen aufhören. Die Europäische Union fordert alle Konfliktparteien nachdrücklich auf, den Mitarbeiter\*innen humanitärer Organisationen ungehinderten Zugang zu hilfsbedürftigen Menschen zu gewähren und die Regeln und Pflichten des humanitären Völkerrechts einzuhalten.“

Um weiterhin humanitäre Hilfe zu leisten, benötigen die Partner der EU vor Ort einen ungehinderten und sicheren Zugang, um das gesamte Spektrum der Bedürfnisse zu bewerten und darauf reagieren zu können. Die Europäische Union ist dazu bereit, Nothilfe in Syrien leisten, solange es nötig ist. Mehr als 17 Mrd. Euro wurden bereits von der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten mobilisiert, um die Menschen in Syrien und die Nachbarländer zu unterstützen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200206-gefechte-idlib\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200206-gefechte-idlib_de)

## **Gemeinsame Erklärung zum Internationalen Tag „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“**

Im Vorfeld des Internationalen Tags „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“ am 06.02.2020 haben der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission, Josep Borrell, die Vizepräsidentin für Werte und Transparenz, Věra Jourová, die

Kommissarin für Gleichheitspolitik, Helena Dalli, und die Kommissarin für internationale Partnerschaften, Jutta Urpilainen, in einer gemeinsamen Erklärung die Entschlossenheit der EU bekräftigt, der weiblichen Genitalverstümmelung ein Ende zu setzen:

Weltweit haben mehr als 200 Mio. Mädchen und Frauen eine Genitalverstümmelung erlitten. Mindestens 500 000 von ihnen leben in Europa. Aktuellen Schätzungen zufolge wird sich die Zahl der Opfer in den Jahren 2015 bis 2030 voraussichtlich auf 68 Mio. Mädchen in 25 Ländern belaufen.

Auch in der Europäischen Union besteht für viele Mädchen und Frauen die Gefahr einer Genitalverstümmelung oder sie mussten sie bereits erleiden. Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen hat die Verbreitung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen in der Europäischen Union untersucht und kürzlich eine Studie über die Verbreitung von FGM in Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Malta und Zypern veröffentlicht.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement\\_20\\_193](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_193)

## **EU-Bürgerinitiative „Minority SafePack - eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“**

Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission für Werte und Transparenz, und Mariya Gabriel, Kommissarin für Forschung, Innovation, Kultur, Bildung und Jugend, empfingen am 05.02.2020 in Brüssel die Organisatoren der Europäischen Bürgerinitiative „Minority SafePack - eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“. Die Bürgerinitiative ist bereits die fünfte erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative (EBI) und hat über eine Million Unterstützer-Unterschriften gesammelt, die sie der Kommission im Januar vorgelegt hat.

Wie bei allen erfolgreichen Initiativen und in Übereinstimmung mit der Regelung zur Bürgerinitiative hat die Kommission die Organisatoren nach Brüssel eingeladen, um ihre Ideen eingehender zu präsentieren. Die Initiative „Minority SafePack - eine Million Unterschriften für die Vielfalt in Europa“ fordert die Kommission auf, „den Schutz von Angehörigen nationaler und sprachlicher Minderheiten zu verbessern und die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union zu stärken.“

Auf der Grundlage einer gründlichen Bewertung wird die Kommission eine Mitteilung vorlegen, in der sie die Gründe für ihre nächsten Schritte darlegt, ob sie z. B. einen Gesetzesvorschlag machen oder andere nichtlegislative Maßnahmen ergreifen wird. Die Organisatoren werden auch in einer öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament ihre Vorschläge darlegen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200205-buergerinitiative-minority-safepack\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200205-buergerinitiative-minority-safepack_de)

## EU-Preis „Juvenes Translatores“

Die Europäische Kommission hat am 30.01.2020 die 28 Sieger\*innen ihres Übersetzungswettbewerbs *Juvenes Translatores* für weiterführende Schulen bekannt gegeben.

Das diesjährige Thema war die Frage, wie junge Menschen die Zukunft Europas mitgestalten können. Die Gewinner\*innen wurden von den Übersetzer\*innen der Europäischen Kommission unter 3116 Teilnehmenden aus Schulen in ganz Europa ausgewählt.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_100](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_100)

## 17,6 Mio. EU-Bürger\*innen lebten und arbeiteten 2018 im EU-Ausland

Immer mehr Europäer\*innen leben und arbeiten in einem anderen EU-Land: 2018 machten 17,6 Mio. EU-Bürger\*innen von ihrem Recht Gebrauch, in einem anderen Mitgliedstaat zu leben und zu arbeiten. Nach Deutschland kamen 318 000 EU-Bürger\*innen, ins EU-Ausland gingen 163 000 Deutsche. Die Hälfte aller EU-Zuwandernden zog nach Deutschland oder ins Vereinigte Königreich, ein weiteres Viertel nach Spanien, Italien oder Frankreich. Die Zahl der Zuwandernden im erwerbstätigen Alter stieg europaweit im Vergleich zu 2017 um 3,4 % und lag bei 12,9 Mio. Mittlerweile leben 4,2 % der EU-Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in einem anderen EU-Land. Das geht aus dem am 30.01.2020 veröffentlichten Jahresbericht der Kommission über die Arbeitsmobilität in der EU hervor.

Die Hälfte der Zuwandernden kam aus Rumänien, Polen, Italien, Portugal und Bulgarien, im Verhältnis zur Einwohnerzahl des Landes stammten die meisten allerdings aus Litauen, Rumänien, Kroatien, Lettland und Estland. Die Mobilitätsdauer wird dem Bericht zufolge immer kürzer, 50 % der mobilen Arbeitskräfte bleiben ein bis vier Jahre im Gastland. Auch die Rückkehrmobilität hat zugenommen: auf vier Personen, die einen Mitgliedstaat verlassen, kommen drei zurück.

Die Veröffentlichung des Berichts über die Arbeitsmobilität fällt mit der Veranstaltung zum 25-jährigen Bestehen des Europäischen Netzwerks für berufliche Mobilität (EURES - European Employment Services) in Brüssel zusammen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200120-arbeitsmobilitaet\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200120-arbeitsmobilitaet_de)

## Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2020

Die Europäische Kommission hat am 29.01.2020 ihr Arbeitsprogramm für 2020 angenommen. Es enthält die Maßnahmen, die die Kommission 2020 zur Umsetzung der politischen Leitlinien von Präsidentin von der Leyen ergreifen wird, um für die europäischen Bürger\*innen, für Unternehmen und für die Gesellschaft greifbare Ergebnisse zu erzielen. Dieses erste Arbeitsprogramm zeugt von dem festen Willen, die Chancen, die der ökologische und der digitale Wandel mit sich bringen, erfolgreich zu nutzen.

2020 wird die Europäische Kommission basierend auf den sechs übergreifenden Zielen von Präsidentin von der Leyen mit der Ausarbeitung konkreter Initiativen beginnen, die anschließend gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und anderen Partnern erörtert und umgesetzt werden:

- Ein europäischer Grüner Deal;
- Ein Europa für das digitale Zeitalter;
- Eine Wirtschaft im Dienste des Menschen;
- Ein stärkeres Europa in der Welt;
- Förderung unserer europäischen Lebensweise;
- Neuer Schwung für die Demokratie in Europa.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_124](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_124)

## **Erasmus+ und seine Vorläuferprogramme: eine prägende Lebenserfahrung**

Aus dem am 28.01.2020 veröffentlichten Jahresbericht 2018 über Erasmus+ geht hervor, dass in den letzten drei Jahrzehnten mehr als 10 Mio. Menschen an dem Programm teilgenommen und in vielen Fällen überaus prägende Erfahrungen gesammelt haben.

Mit einem Budget von 2,8 Mrd. Euro, also einer Mittelaufstockung um 10 % gegenüber 2017, war 2018 ein weiteres Rekordjahr. Im Jahresverlauf bezuschusste Erasmus+ über 23 500 Projekte und unterstützte 2018 insgesamt mehr als 850 000 Studierende, Auszubildende, Lehrkräfte und Jugendbetreuer\*innen bei ihren Mobilitätsmaßnahmen.

Erasmus+ unterstützte nicht nur Studierende und Hochschulpersonal, sondern auch 40 000 Lehrkräfte und Schulmitarbeiter\*innen, 148 000 Auszubildende, 8400 Beschäftigte in der Erwachsenenbildung und 155 000 Jugendliche und Jugendbetreuer\*innen.

Dank einer großen Schnittmenge mit dem Europäischen Jahr des Kulturerbes 2018 befassten sich viele der von Erasmus+ geförderten Maßnahmen mit der Bedeutung des europäischen Kulturerbes.

Seit 2018 unterstützt Erasmus+ auch die Initiative, den Europäischen Bildungsraum bis 2025 Wirklichkeit werden zu lassen. Die Initiative „Europäische Hochschulen“ hilft Hochschulinrichtungen dabei, neue starke Allianzen zu schließen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_115](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_115)

## **Präsidentin von der Leyen, Präsident Sassoli und Präsident Michel beim „World Holocaust Forum 2020“**

Präsidentin Ursula von der Leyen hielt sich am 23.01.2020 zusammen mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli und dem Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel in Jerusalem auf, wo sie mit Staats- und Regierungschefs und hochrangigen Vertretern aus aller Welt am [„World Holocaust Forum 2020: Remembering the Holocaust, Fighting Antisemitism“](#) teilnehmen.

Das Forum fand im Vorfeld des Internationalen Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaust statt, der am 27. Januar begangen wird und diesmal dem 75. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz-Birkenau gewidmet ist. Im Vorfeld dieses wichtigen Gedenktages gaben die Präsidentin und die beiden Präsidenten eine gemeinsame Erklärung ab.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_110](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_110)

## Konferenz zur Zukunft Europas

Die Europäische Kommission hat am 22.01.2020 ihre Ideen zur Konferenz zur Zukunft Europas vorgestellt. Ziel des Projekts ist es, dass die Stimme der Europäer\*innen beim Handeln der Europäischen Union besser gehört wird. Die Konferenz soll auf früheren Erfahrungen, zum Beispiel mit Bürgerdialogen, aufbauen.

Die Kommission schlägt aber auch neue Elemente vor, wie etwa eine mehrsprachige Online-Plattform, um die Reichweite zu vergrößern und den Menschen bessere Möglichkeiten zur Mitgestaltung zu geben.

Inhaltlich sollten sich die Debatten an den politischen Prioritäten der EU wie Klimawandel und soziale Gerechtigkeit orientieren. Zudem sollten auch institutionelle Fragen wie das Spitzenkandidaten-System diskutiert werden. Beginnen soll die Konferenz am Europatag, also am 09.05.2020. Sie soll für zwei Jahre laufen.

Die Kommission schlägt zwei parallele Themenbereiche für die Debatten vor. Beim ersten liegt der Schwerpunkt auf den Prioritäten und anzustrebenden Zielen der EU. Dazu gehören die Bewältigung des Klimawandels und der Umweltprobleme, eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit, der digitale Wandel Europas, die Förderung unserer europäischen Werte, die Stärkung der Stimme der EU in der Welt sowie die Festigung der demokratischen Grundlagen der Union. Beim zweiten Themenbereich sollte der Schwerpunkt auf Fragen mit besonderer Bedeutung für demokratische Prozesse und institutionelle Fragen liegen. Hier sind insbesondere das Spitzenkandidaten-System und die länderübergreifenden Listen für die Wahlen zum Europäischen Parlament zu nennen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200122-zukunft-europas\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200122-zukunft-europas_de)

## **Konvention gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt**

Die Kommission will Prävention und Schutz vor Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz stärken und die Ratifizierung des Vertrags der Internationale Arbeitsorganisation (IAO) gegen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz in den Mitgliedstaaten voranbringen.

Das Übereinkommen, das im Juni 2019 zum hundertjährigen Jubiläum der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) angenommen wurde, ist das erste internationale Instrument, das globale Standards für arbeitsbedingte Belästigung und Gewalt festlegt. Es erkennt an, dass Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz eine Menschenrechtsverletzung oder -missbrauch sein kann, die eine Bedrohung der Chancengleichheit darstellt und zielt auf den Schutz von Arbeitnehmern und Angestellten ab, unabhängig von ihrem vertraglichen Status.

Bevor das Übereinkommen in Kraft tritt, muss es von den teilnehmenden Staaten ratifiziert werden. Die Union kann das Übereinkommen nicht ratifizieren, da nur Staaten Parteien des Übereinkommens sein können. Daher sollen die Mitgliedstaaten ermächtigt werden, die in die Zuständigkeit der Europäischen Union fallenden Teile des Übereinkommens zu ratifizieren. Dazu gehören die unter den sozialpolitischen Besitzstand der Union fallenden Teile im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und der Gleichstellung von Männern und Frauen in Beschäftigung und Beruf. Einige Bestimmungen des Übereinkommens fallen unter den Besitzstand der Union auf dem Gebiet der Nichtdiskriminierung.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200122-konvention-gegen-gewalt\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200122-konvention-gegen-gewalt_de)

## **EU-Budget für humanitäre Hilfe 2020 unterstützt Menschen in mehr als 80 Ländern**

Am 20.01.2020 hat die Kommission den ersten Mittelansatz für humanitäre Hilfe im Jahr 2020 angenommen; die Mittelausstattung beträgt 900 Mio. Euro.

Die EU ist weltweit der wichtigste Geber von humanitärer Hilfe und unterstützt Menschen in mehr als 80 Ländern. Von den andauernden Konflikten in Afrika und im Nahen Osten bis zu den schweren Nahrungsmittelkrisen - die humanitären Krisen verschärfen sich und gefährden zunehmend die Bereitstellung von Hilfe für die bedürftigsten Personen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_67](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_67)

## **DiscoverEU: Auch 2020 wieder 20 000 junge Menschen auf Entdeckungstour durch Europa**

Auch die vierte und letzte DiscoverEU-Runde bietet 18-Jährigen rund 20 000 Travel-Pässe. Insgesamt gingen 75 000 Bewerbungen aus ganz Europa ein. Die künftigen Globetrotter\*innen, die aufgrund bestimmter Vergabekriterien und spezifischer Länderquoten ausgewählt wurden, können zwischen dem 01.04. und dem 31.10.2020 maximal 30 Tage auf Reisen gehen.

Die erfolgreichen Bewerber\*innen werden nun benachrichtigt und können mit der Planung ihrer Reise beginnen. In der Regel sind sie mit der Eisenbahn unterwegs; daneben sind Bus, Fähre oder in Ausnahmefällen das Flugzeug ebenfalls eine Option, damit auch junge Menschen aus entlegeneren Gebieten unseres Kontinents teilnehmen können. Mit dem Travel-Pass erhalten die Teilnehmenden auch Unterstützung und Anleitung, etwa zum nachhaltigen Reisen.

Weitere Informationen:

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_54](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_54)



## ■ Veranstaltungen

### Europa für Bürgerinnen und Bürger - Einstieg ins Projektmanagement für europäische Projekte

Die Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. lädt zu einer Trainingsveranstaltung zum Thema „Einstieg ins Projektmanagement für europäische Projekte im Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ ein.

Die Veranstaltung findet am **08.05.2020** von 10.00 Uhr - 16.30 Uhr im Haus der Kultur, Weberstr. 61, 53113 Bonn, statt.

Das Training möchte den Einstieg ins Projektmanagement für europäische Projekte erleichtern und den Teilnehmenden das hierfür nötige Werkzeug an die Hand geben. Die Teilnehmenden lernen praxiserprobte Instrumente aus durchgeführten EfBB-Projekten kennen, die sie in allen Phasen des Projektzyklus und für die Arbeit mit europäischen Partnern nutzen können.

Außerdem haben die Teilnehmenden Arbeitsgruppen die Gelegenheit, ihre Projektideen zu diskutieren und weiterzuentwickeln. Dabei werden sie von erfahrenen Projektkoordinator\*innen und den Berater\*innen der Kontaktstelle begleitet.

Der Teilnahmebeitrag liegt bei 25,00 Euro (inkl. Material und Verpflegung).

Weitere Informationen: <https://www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/#c242>